

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Beilagen oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Restanten 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Freitag, den 3. Dezember 1920.

27. Jahrgang.

## Speck als Geise.

Ein Kapitel für den Völkerbund.

Durch die Börsen der Welt zittert eine scharfe Nervosität. Das Beben geht von Amerika aus, das jetzt seinen Preissturz erlebt. Die letzten Nachrichten aus den Vereinigten Staaten sprechen davon, daß infolge der Preisbewegungen in den Getreide- und Fleischmärkten nicht weniger als dreihundertzwanzig große Bankunternehmungen in Schwierigkeiten geraten sind. Der Chicagoer Schweinemarkt wird sein Angebot nicht mehr los, und der Schweinesped muß mangels anderer Verwendungsmöglichkeiten den Seisefabriken zugeführt werden.

Das geschieht zu einer Zeit, wo Europa verhungert. Das geschieht in einer Zeit, wo die Bevölkerung Mitteleuropas nicht in der Lage ist, sich so weit zu ernähren, um die psychische Kraft aufzubringen, die notwendig ist, um die Produktion wieder ihrem geregelten Gang zuzuführen. Das geschieht in einer Zeit, in der der preussische Wohlfahrtsminister in der preussischen Landesversammlung die grauenvolle, erschütternde Mitteilung machen muß, daß in einer Berliner Gemeindefamilie von sechshundertfünfzig Schülern und Schülerinnen hundertundachtzehn tuberkulös, fünfundvierzig im Laufe eines Jahres an den Folgen der Entbehrungen gestorben sind. Und das geschieht in einer Zeit, wo in Genf die ehrenwerten Männer, die sich zur Bekämpfung der Weltgeißel für berufen halten, an dem grünen Tisch über neue Paragraphen brüten, wie diese Welt zu schematisieren sei — während sie inzwischen vor Hunger und Elend zugrunde geht.

Die oft gebrauchte Formel von der „Solidarität der Welt“ wird durch die Gegenüberstellung der amerikanischen Speckseife und des mitteleuropäischen Gliebs in vielfältiger Weise illustriert. Mit bitterer Genugtuung dürften wir es zunächst empfinden, daß auch Amerika jetzt durch wirtschaftliche Erschütterungen zu spüren bekommt, daß es seine starke Kraft und die Autorität seines Präsidenten Wilson nicht zu benutzen verstand oder nicht benutzen wollte, um so schnell als möglich die Welt wieder in geordneten Friedenszustand überzuführen und den rechtmäßigen Austausch zwischen Bedarf und Produktion herzustellen. Heute sieht Amerika Erschütterungen auf seinen Speichern von Getreide und Fleisch, seine Börsen zittern, seine Kaufleute büßen Dollar-Milliardenverluste — nicht zuletzt darum, weil Amerika bis heute noch nicht verstand, Frieden mit Mitteleuropa zu machen, das als größtes Bedarfsgebiet der geeignete Abnehmer der amerikanischen Lebensmittelüberschüsse wäre. Es ist gemeldet worden, daß am 6. Dezember in Washington endlich die berühmte Resolution des Senators Knox zur Abstimmung kommen soll, die für sofortige Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland eintritt. Wird das nun endlich Wahrheit werden?

Speck als Geise. . . Was sagen die Völkerbundswesen in Genf dazu? Wäre es nicht ihre Aufgabe, die Nothilfe, die alle Völker brauchen (auch ihre eigenen) jetzt einmal zum Thema ihrer Diskussionen zu wählen? Indessen schiebt sich das Völkerbundsparlament in Genf als ein neues Instrument der Siegerstaaten und kennt keine anderen Aufgaben als die, den Anreiß für Deutschland noch schärfer anzuziehen. Insbesondere sind es die Delegierten Frankreichs, Herr Viviani an der Spitze, die sich darin hervor tun, — mit der dickköpfigen Beharrlichkeit des Siegers, der seine Beute nur gesichert laßt, wenn er dem Besiegten immer wieder von neuem die Hand an die Gurgel drückt. Er will nicht sehen, daß der steigende Einfluß der deutschen Reichsparteien, der wachsende Nationalismus in Deutschland nichts anderes ist als die Gegenwirkung der Ententebedrückungen und der Ententeunernunft. Die verweigerte Hilfe zum Wiederaufbau Deutschlands, die die unteren Schichten des Volkes immer weiter dem Elend und der Verzweiflung zutreibt, stärkt andererseits auch bei uns den äußersten Radikalismus und führt der dritten Internationale scharenweise neue Anhänger zu — dieser politischen Sekte, die den Krieg gegen die Entente auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Gefahren, die die Entente bannen will, fördert sie nur. Ein gesundes Deutschland ist keine Gefahr für den Weltfrieden. Ein verzweifelter Deutschland kann immer wieder eine werden. Seitdem wir wissen, daß Amerika Ueberfluß an Lebensmitteln hat, können unsere früheren Gegner nicht mehr sagen, daß es ihnen selber an den Mitteln fehle, uns zum Wiederaufbau zu helfen, der für die ganze Welt ein Segen wäre. Wollen sie mit der Seife, die sie jetzt aus dem Speck ihrer Speicher machen, ihre Hände in Unschuld waschen?

Im übrigen ist die Erscheinung, daß an einer Stelle der Welt Ueberfluß in Fülle, anderwärts die bitterste Not herrscht, ja nicht neu. Sie ist unzählige Male dagewesen und schiebt immer wieder zum Himmel. Sie ist die bitterste Angelegenheit gegen die menschliche Unvernunft, die zu energielos ist, um die richtigen Wege zur Abhilfe der menschlichen Not zu gehen. In den deutschen Programmen für den Völkerbund, namentlich in den großzügigen Forderungen des Grafen Harry Kessler, ist oft betont worden, daß es notwendig wäre, diesen Völkerbund vor allen Dingen zu einem der Weltbedarf und die Weltproduktion überschauenden und regelnden Organ zu machen. Graf Kessler ist soweit gegangen, daß er

gefordert hat, die Wirtschaft der Völker von ihren staatlichen Grenzen loszulösen und als gemeinsame Weltwirtschaft zu betreiben. Gerade die jetzigen Erscheinungen auf den europäischen Märkten werden diese Forderungen immer mehr gerechtfertigt erscheinen lassen. Mit einiger Bitterkeit mag man es empfinden, daß angesichts der jetzigen Völkerbundstagung von deutscher Seite nur wenig geschieht, um das Programm des wahren Völkerbundes und seine nächsten, wirklichen Aufgaben in die Welt zu rufen. Zu diesen gehört es, dafür zu sorgen, daß niemals wieder in der Welt aus Speck Seife werden muß.

## Deutscher Reichstag.

41. Sitzung.

Donnerstag, 2. Dezember, mittags 12 Uhr.

Am-Regierungstisch: Scholz.

Die Aussprache über den

Etat des Reichswirtschaftsministeriums

wird fortgesetzt.

Abg. Simon (Unabh. rechts): Dem Antrag Schiffer auf Zulassung der Frauen zum Börsenbesuch stimmen wir zu. Die freie Wirtschaft hat überall nur ungesunde Preissteigerungen hervorgerufen, die in vielen Fällen noch weit über die Höchsthandelspreise hinausgingen (Hört, hört!), so z. B. beim Leder um das Vierfache. Redner wendet sich dann gegen den Abgeordneten Dr. Hugo und weist auf einen Bericht des „Berliner Tageblattes“ hin, wonach Dr. Hugo 50 000 M. von den Lederhändlern zur Propaganda der freien Wirtschaft bekommen habe. (Hört, hört! links.) Diese 50 000 M. sollen sogar aus dem Ueberfluß der Reichslederhandelsgesellschaft beschafft worden sein, die zur Bewilligung des Schutzes für Minderbemittelte bestimmt waren, und ein solcher Mann wird noch zur Aufsicht über die Ausfuhr bestimmt. (Lebh. Hört, hört! links.) Redner wendet sich dann gegen die Politik des Reichswirtschaftsministeriums, das immer reaktionärer werde, und kritisiert die Sprache, die allein bei den Beamten für Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr 60 Adlige mit 600 M. Gehalt monatlich eingestellt worden seien, die alle Privatkapital haben müßten, und nur anderen Angehörigen das Brot wegnähmen. (Sehr richtig!) Unerbört ist es, daß beim Wasserfuß nur Eshardtruppen angestellt sind. (Hört, hört!) Unerbört ist es, daß die Wirtschaft der Welt durch die immer weiterwreitenden Verwüstungen unserer Produktion kann nur die Sozialisierung, vor allem der Bodenschätze, unsere Wirtschaft wieder aufrichten. (Lebh. Beifall bei den Unabh.)

Abg. Dierrenreiter (Dp.) wendet sich gegen die Aufhebung der Amalgamwirtschaft für Mineralöle, wodurch die Landwirtschaft schwer geschädigt werde und allein in Bayern 30 000 Dieselmotore stillstehen müßten.

Abg. Damm (Dp.) fordert größte Sparamkeit in Reich, Staat und Gemeinden, Steigerung der Ausfuhr, und vor allem Bekämpfung der Leistungen aus dem Friedensvertrag. Das Sozialisierungsproblem läßt sich nicht mit ein paar Sähen lösen. A und B muß dabei immer die Hebung der Produktion sein. (Beifall.) Notwendig ist eine Verringerung des Kohlenabkommens von Spaag, sowohl der Qualität wie der Quantität nach. (Sehr richtig!) Die Zwangswirtschaft ist überlebt. Sie war einmal notwendig; heute kann uns nur die freie Wirtschaft helfen. (Beifall bei den Dp.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Eine Reichslederhandelsgesellschaft, von der der Abgeordnete Dr. Hugo nach der Behauptung des Abgeordneten Simon 50 000 M. erhalten haben soll, existiert überhaupt nicht. (Hört, hört!) Es gab zwar eine Reichslederhandelsgesellschaft, die aber seit dem 15. August 1919 aufgelöst ist. Wenn an den 50 000 M. etwas Wahres sein sollte, kann es sich nicht um eine Reichsstelle, sondern nur um eine Privatgesellschaft handeln. Von den 600 Angestellten in der Zentrale der Reichsstelle für den Exporthandel sind nur 15 Adlige. Die Anstellung von Ueberwachungsgruppen beim Reichswasserfuß ist Sache des Reichsministers des Innern. Die Benzolwirtschaft wird nach den letzten Beratungen freigegeben werden, die Einfuhr aber konstantiert, dagegen wird die Benzolwirtschaft aufrechterhalten bleiben. Ich habe mich bereits zur Einrichtung eines Handwerkerbezirks bereit erklärt und bitte auch den Antrag verwerflicher Fraktionen auf unverlässliche Einrichtung einer Stelle zur Kontrolle aller Beschaffung des Reiches im allgemeinen zu, jedoch nicht in einem zentralen Beschaffungsgang, wie es der Sachantrag verlangt.

Abg. Dr. Kieker (Dp.): Wer an Stelle der freien Wirtschaft oder Planwirtschaft Sozialisierung usw. setzen will, muß erst beweisen, daß damit eine Produktionssteigerung verbunden ist. Dr. Hugo kann die gegen ihn gemachten Angriffe nicht widerlegen, da er bereits zum Parteitag abgereist ist.

Abg. Frau Lüders (Dp.) empfindet den Antrag ihrer Fraktion auf Zulassung der Frauen zu den berufsmäßigen Körperlichkeiten. Den Frauen muß jedes ihrer Berufsausbildung entsprechende Recht eingeräumt werden. Vor allem muß der wichtigste Berufsstand, der der Hausfrauen, beachtet werden. Der Handwerkerzustand im Ministerium möge beachtet werden, daß es auch Handwerkerinnen gibt.

Abg. Dr. Braun (Soz.) tritt für durchgreifende Sparamkeit im Reichshaushalt ein. Nicht nur der Bedarf des Reiches und der Länder möge festgestellt, sondern auch eine gerechte Verteilung der Einnahmen durchgeföhrt werden.

Abg. Simon (Unabh. rechts): Daß der Abgeordnete Hugo abgereist ist, wußte ich nicht, denn sein Parteitag ist doch gewöhnlich ein weltberühmtes Ereignis. Ich sehe einer Widerlegung durch ihn selbst mit aller Ruhe entgegen. Zunächst hat er die Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ nicht widerlegt, sondern nur in einer Rede der „Reichsstellen Zeitung“ erwähnt, daß auch andere Parteien für ihren Wahlkampf sammelt gehen. Er hat nicht

bestritten, daß er 50 000 M. als Belohnung für sein Eintreten für Aufhebung der Zwangswirtschaft erhalten hat.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die Abstimmung über die Entschließung soll bei der dritten Lesung stattfinden.

In der dann folgenden Einzelberatung protestiert Abg. Hoch (Soz.) gegen eine etwaige Auflösung der Sozialisierungskommission. Der Sturmlauf gegen die Sozialisierung hat seinen Grund darin, daß die Gegner der Sozialisierung nicht haben wollen, daß die Frage überhaupt einer gründlichen und sachmännlichen Beratung unterzogen wird.

Abg. Hera (Unabh. rechts): Ich schließe mich bezüglich der Ausführungen über die Sozialisierungsfrage dem Abgeordneten Hoch an. Redner richtet dann scharfe Angriffe gegen den Reichswirtschaftsrat. Diese Körperschaft hat in den ganzen Monaten ihres Bestehens noch keine positive Arbeit geleistet. Sehr richtig! Wir fordern unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der Sozialisierungskommission und die Auswertung ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Ich habe nur erstarrt, daß es notwendig ist, der Frage näher zu treten, wie weit die Sozialisierungskommission im Reichswirtschaftsrat aufgehen kann, oder ob nicht ein Uterauschuß des Reichswirtschaftsrates ihre Aufgaben übernehmen könnte. Die Sozialisierungskommission soll dazu gehört werden. Redner weist dann die Angriffe gegen den Reichswirtschaftsrat zurück.

Zum Vosten des Reichskommissariats für Ein- und Ausfuhr verlangt

Abg. Frau Behm (Dp.) eine enagere Kücknahme dieses Amtes mit den Worten der Praxis. Rednerin wendet sich dann gegen die Einfuhr von fremdem Spiritus und Zigaretten.

Beim Kapitel Ausschuß zur Prüfung des Geschäftsgebarens der Kriegsgesellschaften weist

Abg. Krüger (Soz.) auf verschiedene Mißstände in der Arbeit dieses Ausschusses hin. So haben gerade die Herren, die am lautesten die Einziehung des Ausschusses verlangt haben, bei der Mitarbeit am meisten verlangt. Ein Herr hat sogar die Mitarbeit zu benutzen versucht, um für seine Interessenten gewisse Entscheidungen zu erreichen. Der Ausschuß wird leider nicht in der Lage sein, die Arbeit so schnell zu beenden, wie es wünschenswert wäre. Der vom Ausschuß gefasste Beschluß, daß sämtliche Prozesse der einzelnen Kriegsgesellschaften gegeneinander niedergelassen werden sollen, da diese Prozesse nur viel Geld kosten, muß sofort zur Verordnung werden. Das ist um so notwendiger, als z. B. die Deutsche Versicherungsgesellschaft jetzt an eine andere Gesellschaft verkauft werden soll, wodurch natürlich die Durchführung des obigen Beschlusses unmöglich gemacht würde. Man darf nicht Reichseigentum verschleudern, indem man die Bestände der Kriegsgesellschaften an Privateigentümer verkauft. (Beifall.)

Damit ist der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums erledigt.

Die Abstimmung findet bei der dritten Lesung statt. Das Haus verläßt sich auf Montag, 6. Dezember: Haushalt des Ernährungsministeriums. Schluß 4 1/2 Uhr.

## Die Abstimmung in Oberschlesien.

Unannehmbare Vorschläge der Entente.

Die englische Regierung übermittelte der deutschen Reichsregierung in London folgende Note:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen,

1. daß die britische, die französische und die italienische Regierung wünschen, die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages in kurzer Zeit in Oberschlesien abzuhaltende Volksabstimmung in einer Weise durchgeföhrt zu sehen, die jedem Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechtes unter vollständig unparteiischen und höheren Verhältnissen gestattet. Die Regierungen zogen deshalb die Möglichkeit in Erwägung, daß die Wahl durch eine genaue und buchstäbliche Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Artikels 88, Anlage zu § 4 des Vertrages, gestört oder sogar verhindert werden könne. Dieser Paragraph bestimmt, daß jeder in der Gemeinde stimmend sein soll, in der er wohnt, oder, wenn er seinen Wohnsitz nicht in diesem Gebiete hat, in der Gemeinde, in der er geboren ist.

2. Die Regierungen halten es für ihre Pflicht, der Gefahr von Störungen vorzubeugen, die die freie Ausübung des Stimmrechtes irgend einer Gruppe der Wahlberechtigten beeinträchtigen könnten. Sie prüften daher die tatsächliche Lage sorgfältig, wie sie ihnen durch die oberschlesische Abstimmungsmission und die polnische und die deutsche Regierung dargelegt wurde. Als Resultat der Prüfung beschloßen sie einmütig, der polnischen und der deutschen Regierung folgenden Vorschlag zu machen:

3. Der letzte Absatz des § 4 der oben erwähnten Anlage lautet wie folgt:

Das Abstimmungsergebnis muß gemeindeweise, und zwar nach der Mehrzahl in jeder Gemeinde festgestellt werden.

Die britische, die französische und die italienische Regierung sind der Meinung, daß es dem Sinn des vorerwähnten Absatzes nicht widerspricht, wenn die wirkliche Stimmenabgabe der Wahlberechtigten an irgend einem Orte außerhalb des Abstimmungsgebietes stattfindet. Sie sehen dabei voraus, daß zur Feststellung des Endergebnisses die Stimmen der in dem Gebiet geborenen, aber dort nicht wirklich anwesigen Personen auf deren Geburtsgemeinden verteilt und den Stimmen der in diesen Gemeinden anwesigen Personen hinzugefügt werden. Die drei Regierungen wünschen die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß wenn die polnische und die deutsche Regierung diesen Vorschlag annehmen sollten, es möglich sein wird, die Stimmenabgabe für Wahlberechtigte unter Verhältnissen vor sich zu gehen



zu lassen, die die gegenwärtige Besorgung vor Aufhebungen in  
Oberschlesien beizubringen und dadurch den Wünschen der polnischen  
und der deutschen Regierung Genüge leisten könnten.  
Die Bedingungen, die nach Ansicht der drei Regierungen die-  
sen Erfordernissen am besten zu entsprechen scheinen, sind folgende:  
Alle nicht in Oberschlesien befindlichen, aber durch ihren Ge-  
burtsort zur Teilnahme an der Wollstabsabstimmung berechtigten  
Personen können in dem gegenwärtig von den alliierten Truppen  
besetzten Gebiet an einem Orte, wie z. B. K. S. in, oder an mehre-  
ren Orten versammelt werden, um dort ihr Stimmrecht unter der  
Aufsicht einer Unterkommission der ober-schlesischen Abstimmungs-  
kommission auszuüben, die von den alliierten Regierungen zu die-  
sem Zwecke ernannt würde. Wenn der Vorschlag angenommen  
wird, werden die hiermit verbundenen verwaltungstechnischen  
Einzelheiten von der ober-schlesischen Abstimmungskommission nach  
den Weisungen der Wollstabskonferenz ausgearbeitet. Sie brau-  
chen hier nicht besprochen zu werden. Augenblicklich wünschen die  
drei Regierungen nur die Tatsache zu betonen, daß der Vor-  
schlag die volle Gewähr bietet, daß die Stimmabgabe der Nicht-  
eingewiesenen frei, unparteiisch und ohne Anordnung vor sich gehen  
wird.

Es sind jedoch zwei Punkte, die in diesem Augenblick zu er-  
läutern angebracht erscheint:

5. Einmal der Grund, um dessentwillen die drei Regierungen  
anregen, das besetzte deutsche Gebiet als Wahlbezirk für die Nicht-  
eingewiesenen gelten zu lassen. Es ist nicht allein die durch die  
Anwesenheit hinreichender militärischer Kräfte der Alliierten ge-  
wogene Sicherheit, sondern auch die Tatsache, daß von der Mehr-  
zahl der nichteingewiesenen Stimmberechtigten angenommen wird,  
daß sie in Deutschland wohnen. Auch ist man der Ansicht, daß  
solche Stimmberechtigten, deren Zurück von Uebersee möglicher-  
weise gewünscht werden könnte, ohne Schwierigkeiten zum besetz-  
ten Gebiet Zutritt finden könnten.

6. Ferner wird es die Sache der Abstimmungskommission für  
Oberschlesien sein, falls dieser Vorschlag angenommen wird, nach  
Möglichkeit ihrer Befugnisse auf Grund des Friedensvertrages zu  
entscheiden, ob die Nichteingewiesenen an demselben Tage oder  
denselben Tagen wählen sollen, an denen die Abstimmung in  
Oberschlesien stattfindet, oder ob mehr als ein Tag für die Ent-  
scheidung ihrer Stimmen zugestanden werden soll. In diesen  
Fragen wünschen die drei Regierungen nicht der Entscheidung der  
Kommission vorzugreifen.

Aus dem zweiten Satz der vorstehenden Ziffer drei ist jedoch  
zu ersehen, daß man das Ergebnis der Volksabstimmung nach  
diesem Vorschlag nicht kennen, noch weniger veröffentlichten  
darf, bevor nicht die Stimmen der Nichteingewiesenen denen der  
Eingewiesenen für jede Gemeinde hinzugezählt wurden.

Die Abstimmungskommission würde nach Ansicht der drei Re-  
gierungen nicht die Nachbefugnisse haben, die Ergebnisse der Wahl  
einer der beiden Klassen von Wählern an verschiedenen Daten be-  
kanntzugeben.

7. Ich beehre mich namens der drei Regierungen der Hoff-  
nung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung diesen Vor-  
schlag unverzüglich in wohlwollender Erwägung gesehen und der  
Wollstabskonferenz ihren Entschluß sobald wie möglich mitteilen  
wird, damit die nötigen Maßnahmen unverzüglich getroffen wer-  
den können.

8. Eine gleichlautende Note wurde an den polnischen Ge-  
schäftsträger gerichtet.

gez Lloyd George.

Der Vorschlag der Entente-Regierungen ist für Deutschland  
völlig annehmbar. Uebrigens scheint ihn auch Polen abzuleh-  
nen. Ein Punkt aus Warschau meldet: Die Londoner Re-  
gierung will, daß die Oberschlesien in einer Stadt des besetzten  
Rheinlandes ihre Stimme abgeben. Hiermit kann sich aber die  
polnische Regierung nicht einverstanden erklären, weil die im  
Abstimmungsgebiet Wohnenden die Identität der Stimmabgeber  
nicht prüfen und Fehler und Mißbräuche nicht feststellen können.

### Italien für eine Revision des Vertrages von Sevres.

III. London, 3. Dezember. Graf Sforza, der italieni-  
sche Außenminister, hat einem Vertreter des „Daily Telegraph“  
die Hilfslosigkeit der Alliierten gegenüber den Türken einge-  
standen. Die Alliierten hätten nur die Wahl, mit den Türken zu  
einer Verständigung zu gelangen oder sie ewig in Anatolien zu  
belagern. Keiner der Alliierten sei dazu in der Lage. Es wäre  
am besten, mit den Türken zu einer Verständigung zu gelangen.  
Die türkischen Forderungen sind:

1. Aufhebung des Artikels 36 des Sevres-Vertrages, der die  
Souveränität des Sultans über Konstantinopel be-  
schränkt.
  2. Die Enos-Midia-Ginie als Grenze der Türkei.
  3. Die Autonomie für Thrakien unter türkischer Souveränität  
mit völliger Räumung durch Griechenland.
  4. Abänderung des speziellen Systems für Smyrna mit  
voller Gewährung der Souveränität über Stadt und Be-  
zirk.
- Als Gegenleistung würden die Türken die Unabhängigkeit  
Armeniens anerkennen.

## Politische Rundschau. Deutschland.

### Reichsnote und Zwangsanleihe.

In Steueransatz des Reichstages wurde Donnerstag  
nachts die Frage Reichsnote oder Zwangsanleihe be-  
trachtet. Ergänzung des letzteren durch eine Zwangsanleihe erörtert. Von  
verschiedenen Abgeordneten wurde die Ansicht vertreten, daß eine  
Weiterberatung im gegenwärtigen Augenblick nicht angezeigt sei  
und erst die gedruckte Rede des Reichsbankpräsidenten beginn, die  
Grundlagen eines Gesetzes betreffend Zwangsanleihe abgehandelt  
werden müßten. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte dem-  
gegenüber, daß eine Vorlage über die Erhebung einer Zwangs-  
anleihe nicht ohne weiteres gemacht werden könnte. Das Kabi-  
net habe sich gegen die Erhebung einer Zwangsanleihe, als dem  
häufigsten Mittel ausgesprochen und für die beschleunigte Ein-  
führung eines Teiles des Reichsnoteplans erklärt. Ihm persönlich  
sei eine Verständigung zwischen Reichsnoteplan und Zwangsanleihe  
nicht als die beschleunigte Einleitung des Reichsnoteplans, ab-  
gesehen von der Voraussetzung, daß die Zwangsanleihe so ge-  
plant wird, daß ihr Erlaß an Betrag ganz bedeutend höher ist,  
als aus der Erhebung des Reichsnoteplans erwartet werden darf.  
Eine Fortsetzung des Reichsnoteplans im wesentlichen Umfang  
dürfte aber dabei nicht erfolgen. Staatssekretär Röske wies  
auf gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Becker in der letzten  
Sitzung hin, daß ein Bankrott der Reichsbank nicht zu erwarten  
ist.

Reichswirtschaftsminister Dr. Bureau genommen und hat diesem eine Reihe von Mitteilungen  
über wichtige militärische Angelegenheiten gemacht, welche geheim  
zu halten waren und der feindlichen Kriegsmacht Vorwurf leisten  
konnten.

### Kleine politische Nachrichten.

Der finnische Reichstag hat den Friedensver-  
trag mit Schweden ratifiziert.  
Nach einer Meldung aus London wird Senator Knox die  
Stelle eines Staatssekretärs bei dem neuen Prä-  
sidenten der Vereinigten Staaten, Harding, ein-  
nehmen.  
Die Ortsgruppenvorstände der Vereinigten  
Komunistischen Partei und der linken U. S. P. D.  
in Mainz, Höchst und Worms wurden von den fran-  
zösischen Behörden verhaftet. Als Grund wird kom-  
munistische Propaganda im besetzten Gebiet ange-  
geben.  
Im Reichswirtschaftsministerium haben Don-  
nerstag Verhandlungen über ein Häutemonopol be-  
gonnen.  
Die italienische Kammer hat mit 153 gegen 128 Stim-  
men das Gemeindegewaltgesetz angenommen, das die Ver-  
hältnismäßigkeitswahl einführt und den Frauen das Wahlrecht verleiht.  
Das Kriegsgericht in Bukarest hat nach mehrtägigen  
Verhandlungen sieben Streikführer zu lebenslänglicher  
Strafhaftigkeit verurteilt. Darunter  
befindlich sind die beiden Deputierten Moscovici und Secor.  
In Portugal bildete Liberato Pinto ein Konzentra-  
tionskabinett. Er übernimmt das Ministerium des Innern.  
Außenminister ist Domingo Pereira.  
Der neue Präsident von Mexiko, Obregon, ist in  
sein Amt eingeführt worden. Am Mitternacht leitete  
Obregon den Präsidenteneid. Durch Gesandte waren vertreten  
Deutschland, Italien, Belgien, Spanien, durch Geschäftsträger  
England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Japan, China und  
Schweden. Aus den zentralamerikanischen Staaten waren Sonder-  
abordnungen erschienen.

### Die Reichsregierung und das „W.B.“

Die demokratischen Abgeordneten Kozell, Weinhaus  
und Erlebens haben folgende Anfrage an die Reichsregierung  
gerichtet:  
„Dem Vernehmen nach berechnete das „W.B.“ für wichtige  
Nachrichten, an denen die Öffentlichkeit in hohem Maße inter-  
essiert ist, erhebliche Beiträge. Da aber das „W.B.“ sowohl von  
den Zeitungen als auch von Privatunternehmungen Abonnements-  
gebühren einzieht, läßt sich die Bezahlung der Uebermittlung von  
Nachrichten aus Reichsstellen nicht rechtfertigen. Ist die Reichs-  
regierung bereit, dem Reichstage eine Aufklärung zugehen zu  
lassen, welche Summen die einzelnen Behörden in den letzten Jah-  
ren an das „W.B.“ bezahlt haben? Ist ferner die Reichsregie-  
rung bereit, darauf hinzuwirken, daß in Zukunft alle Nachrichten  
auf deren Verbreitung sie Wert legt, an sämtliche Nachrichten-  
bureaus übergeben werden, die sich zur kostenfreien Veröffent-  
lichung verpflichten?“

### Ausgleich von Steuerhärten.

Wie die „Dena“ aus angeblich guter Quelle erfährt, ist eine  
von den Linksparteien angeregte Novelle zum Einkommensteu-  
ergesetz in Vorbereitung, durch die das abzugsfähige Einkommen von  
1500 Mark auf 3000 Mark erhöht und die kleinen Einkommen  
zwischen 10- und 20 000 Mark weniger stark herangezogen werden  
sollen, wie bisher. Von zuständiger Stelle wird diese Meldung  
bestätigt, aber gleichzeitig hinzugefügt, daß die Novelle über das  
erste Stadium der Vorbereitung noch nicht hinaus ist, und daß  
es wohl noch geraume Zeit dauern werde, bis sie greifbare Gestalt  
annimmt.

### Die Revision des Hohenzollern-Vergleichs auf dem Marische.

Im Rechtsauschuß der preussischen Landesversammlung  
wurde ein Antrag des Zentrums, der Demokraten  
und der Sozialdemokraten angenommen, in dem von  
der Regierung verlangt wird, daß eine neue Prüfung  
des Vergleichs mit den Hohenzollern vorge-  
nommen wird. Dabei soll der Grundlag des Artikels 153 der  
Reichsverfassung beachtet werden. Der Artikel gewährleistet  
das Privateigentum und läßt eine Enteignung nur auf gesetz-  
licher Grundlage gegen angemessene Entschädigung zu, soweit  
nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Die Ergebnisse  
der Verhandlungen des Rechtsausschusses sollen bei der Prüfung  
des Vergleichs berücksichtigt werden. Unsere Genossen sind fest  
entschlossen, die neue Prüfung des Vergleichs mit äußerster  
Schärfe, entsprechend dem Gutachten Schückings, durchzu-  
kämpfen.

### Aus dem Reichsrat.

Der Reichsrat stimmte den Vorschriften über die Ver-  
messung der Schiffe für die Fahrt durch den  
Panama-Kanal und durch den Suez-Kanal zu.  
Ebenso wurde der Verordnung des Finanzministeriums über  
die Abänderung der Ausführungsbestimmungen  
zum Umsatzsteuergesetz zugestimmt und ferner den  
Verordnungen des Finanzministeriums, wonach nicht nur die  
Bermietungen von Seeschiffen, sondern auch die Charter-  
verträge von der Umsatzsteuer frei bleiben sollen.

### Die Kosten des Mittelhandkanals.

Die Gesamtsumme, die für den Mittelhandkanal angefordert  
wird, beläuft sich, dem „Vorm.“ zufolge, nach Friedenszeiten be-  
rechnet, auf rund 436 Millionen Mark, nach dem heutigen Geld-  
stande also mindestens vier Milliarden Mark. Das ist  
gewiß eine hohe Summe, aber dies Geld ist gut angelegt. Mit  
ihm soll ein Werk geschaffen werden, das uns volkswirtschaftlich  
vortwärts bringt. Es wird den Osten und den Westen in bessere  
Verbindung miteinander bringen, dem besseren Austausch ihrer  
Produkte die Wege ebnen, den Verkehr gewaltig steigern helfen  
und, vielleicht mehr als wir jetzt ahnen, unsere Aufwärtsentwiche-  
lung fördern.

### Wach-Regiment Berlin.

Am 1. Dezember ist auf Grund einer Verfügung des Reichs-  
wehrministers ein Wach-Regiment Berlin mit der Garnison Dö-  
beritz aufgestellt worden. Das Regiment, das aus drei Batai-  
llonen Reichswehr-Infanterie, einer Kompanie Minenwerfern,  
einer Batterie und einer Schwadron besteht, wird später in Ber-  
lin selbst garnisoniert werden. Die Truppen sollen vierteljähr-  
lich wechseln und aus allen Wehrkreisnummern gestellt werden.  
Zehntausend der früheren Brigade Döberitz soll das Regiment dem be-  
sonderen Schutz Berlins dienen.

### Spionageprozeß gegen einen jugendlichen Kriegsteilnehmer.

Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in  
Leipzig hatte sich mit einer Landesverrats- und Spionage-  
sache zu beschäftigen. Es handelte sich um die Anklage, welche gegen  
den Köbelpolsterer Leo Weiland erhoben worden war.  
Er ist vom Kriegsgericht in Münster am 30. Juli 1918 bereits ab-  
geurteilt worden und hatte gegen dieses Urteil Berufung einge-  
legt. Ein Teil der ihm zur Last gelegten Anklagepunkte ist be-  
reits erledigt, ein anderer durch die militärische Anwesenheit vom 7.  
Dezember 1918 niedergeschlagen worden. Jetzt handelte es sich  
um die Anklage wegen Landesverrats sowie wegen Verbre-  
chens gegen das Spionagegesetz. Der Angeklagte ist im Alter von  
16 Jahren als Kriegsteilnehmer in das Kriegsheer eingetreten.  
Später war er in mehreren Marine Lazaretten am Rheinhain  
untergebracht, und hier benutzte er die Nähe der Grenze, um zu  
defektieren und sich nach Holland zu begeben. Der Angeklagte  
wurde unter Aufhebung des Urteils des Kriegsgerichts Münster  
vom 30. Juli 1918, soweit es hier noch in Frage kommt, wegen  
eines Verbrechen des verurteilten Landesverrats zu 2 Jahren  
5 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust verurteilt.  
Von der erlassenen Unterwerfungsurteil wurden sechs Monate auf  
die Strafe ausgesetzt. Zur Begründung des Urteils wurde aus-  
gesprochen: Im Februar 1917 hat sich der Angeklagte von dem  
Truppenchef, dem er zugewiesen war, entfernt und nach Holland  
begeben. Er hat dort Fühlung mit einem feindlichen Nachrichten-

über wichtige militärische Angelegenheiten gemacht, welche geheim  
zu halten waren und der feindlichen Kriegsmacht Vorwurf leisten  
konnten.

### Regierungskrise.

Nach der dritten Lesung des Gesetzentwurfes über die Gelb-  
institutszentrale teilte der Ministerpräsident Telet der Natio-  
nalversammlung den Rücktritt des Kabinetts mit. Das Kabinett  
tritt zurück, weil es mit dem Finanzminister und gegen die Natio-  
nalversammlung bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die  
Gelbinstitutszentrale stimmte und sich als solidarisch erklärte. —  
In der Nationalversammlung bestand schon seit längerer Zeit  
eine gewisse Geringschätzung gegenüber dem Finanzminister wegen der  
ungeheuren Lasten, die er den Steuerträgern infolge des verlorenen  
Krieges aufbürden mußte. Der Reichspräsident nahm den  
Rücktritt der Regierung an und betraute sie mit der Weiterfüh-  
rung der Geschäfte. Bis zur Neubildung des Ministeriums ist  
die Nationalversammlung vertagt worden.

### Schweden.

#### Eisenbahnerstreik.

III. Stockholm, 3. Dezember. Der lang gefürchtete und  
angekündigte Eisenbahnerstreik ist gestern zum Ausbruch gelom-  
men. Der Postverkehr und die Verladung mit Lebensmitteln  
wird jedoch aufrechterhalten. Sympathiestreiks der Transport-  
arbeiter, Hafenarbeiter und Küstenschiffer und anderer Arbeiter-  
gruppen stehen in Aussicht. Der Streik wird anfangs 10 000 Ar-  
beiter umfassen.

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 8. Dezember.

### Witwen- und Waisenrente.

Das Reichsverordnungsamt stellt für die meisten Kriegs-  
hinterbliebenen eine erhebliche Erhöhung ihrer Bezüge, rückwä-  
rtend vom 1. April d. J. vor. Bei der großen Zahl der Hinter-  
bliebenen wird die endgültige Festsetzung der Renten längere Zeit  
erfordern. Da die Notlage vieler Kriegshinterbliebenen unter  
den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen sehr groß ist, hat  
der Reichsarbeitsminister beschleunigte vorläufige Umanerkennung  
der Witwen- und Waisenrente angeordnet. Die beschleunigte  
Umanerkennung kommt vor allem in Betracht für kinderreiche  
Witwen, bedürftige Witwen und Waisen, die bisher  
nur die allgemeine Versorgung bezogen haben, für erwerbs-  
unfähige Witwen und Waisen. Voraussetzung ist, daß  
das neben den Versorgungsgebühren erzielte Jahreseinkommen  
bestimmte Höchsthöhe nicht übersteigt. Für schuldlos ge-  
schiedene Ehefrauen, Stief-, Pflege- und unehel-  
iche Kinder kann die Umanerkennung nur erfolgen, wenn sie  
bereits widerrechtliche Zuwendungen erhalten haben. Auch die-  
jenigen Kriegserwaisen, denen nach § 41 R.V.O. wegen Körperlicher  
oder geistiger Gebrechen die Waisenrente über das 18. Lebensjahr  
hinaus zu zahlen ist, können bei der Umanerkennung berücksichtigt  
werden. — Die Angehörigen Vermittler, die bereits Versorgungs-  
gebühren oder Zuschüsse auf diese Bezüge erhalten, werden  
gleichfalls als Hinterbliebenen angesehen.

Dem Erlaß sind genaue Richtlinien beigegeben, um den zu-  
ständigen Stellen die Durchführung der Umanerkennung zu er-  
leichtern. Die Umanerkennung ist den Hauptversorgungsämtern  
in Zusammenarbeit mit den Fürsorgestellen übertragen. Die  
notigen Erhebungen erfolgen durch die Fürsorgestellen. Eine  
möglichst rasche Durchführung der Umanerkennung ist im Interesse  
der Kriegshinterbliebenen geboten. Es wird vielfach erforderlich  
sein, daß sich den Fürsorgestellen freiwillige Hilfskräfte für diese  
Arbeit zur Verfügung stellen. In Betracht kommen Mitglieder  
der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenorganisationen,  
namentlich auch Frauen, die während des Krieges auf dem Ge-  
biete der Wohlfahrtspflege mitgearbeitet haben. Jede Kraft, die  
bei der Umanerkennung mithilft, trägt mit dazu bei, die Notlage  
der Kriegserwaisen und -weifen zu mildern.

### Schöffengericht.

Wegen Schleichhandels hatte die frühere Gastwirtin  
Frau Engelhardt einen Strafbefehl von einer Woche Gefängnis  
und 100 M. Geldstrafe erhalten. Gegen die Verfügung legte sie  
Berufung ein, so daß die Sache am Donnerstag vor dem Schöff-  
engericht zur Verhandlung kam. Die Angeklagte ist geständig, ein  
Kalb angekauft zu haben. Sie hat es in ihrer Wohnung schlachten  
lassen und das Fleisch im Gewicht von rund 60 Pfund zum Teil  
selbst verzehrt. Einige Pfund wollte sie durch eine andere Per-  
son verkaufen lassen. Der Verkauf gelang nicht, da das Fleisch bei  
Bekanntmachung verfiel. Das Gericht verurteilt die Angeklagte



Die in Frage kommende Verordnung durch Gewohnheitsrecht nicht aufgehoben werden könne. Es sah den Fall aber nicht als schwerwiegend an und erkannte auf 1 Tag Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. — Wegen Tabak- und Steuerhinterziehung war der Kaufmann Sch. angeklagt. Der Angeklagte führte in seinem Geschäft neben Fett- und anderen Waren auch Tabak und Zigarren. Er hat im Januar d. J. an den Betriebsrat der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft 800 Pfund Tabak, angeblich mit ganz geringem Gewinn, zum Preise von 40 M. pro Pfund verkauft. Ueber die erste Lieferung, die an den Schlosser G. erfolgte, stellte er auf dessen Wunsch den Betrag von 44 M. pro Pfund in Rechnung. Das Geschäft sollte G. aber nicht, da dem Obmann des Betriebsrates der Zeit bekannt wurde und er den Verkauf zum Einkaufspreis, für 40 M., anordnete. Entstandene Anfechtung trägt in solchen Fällen die Firma. Der Angeklagte will den Tabak von einem im hiesigen Hafen liegenden Schiff gekauft haben. Von der Zollbehörde wurde aber festgestellt, daß das in Frage kommende Schiff überhaupt nicht im Lübecker Hafen gewesen ist. Der Tabak ist weder angemeldet noch versteuert; die Bänderrollen, welche die Pakete enthielten, waren gefüllt. Doch wird dem Angeklagten die Fälligkeit nicht zur Last gelegt. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Sch., der den Handel mit Tabak nicht angemeldet habe, wegen Vergehens gegen die Handelsbestimmungen eine Gefängnisstrafe von 1 Woche und 500 M. Geldstrafe. Wegen Steuerhinterziehung steht das Verbrechen von dreifachen Betrag der Hinterzogenen Steuer vor. Der Antrag lautete daher, da eine Hinterziehung von fast 17 000 M. vorlag, auf über 50 000 M. Strafe. Das Gericht hielt nicht abstrakt die Steuerhinterziehung, sondern nur Ordnungswidrigkeit für vorliegend und erkannte wegen dieses Vergehens auf 300 M. Geldstrafe. Außerdem erhielt der Angeklagte wegen unerlaubten Handels mit Tabak eine Strafe von 500 M. — Auf der Fischfesten ankam wurde der Matrose L., als er mit einem geliehenen Anzug und 850 M. gestohlenem Geld nach Dänemark ausreisen wollte. Dem Anzug hatte er sich von einem Bestmann geborgt, der auf einem im hiesigen Hafen liegenden Segler beschäftigt war. Nebenbei stahl L. ihm 700 M. und dem ebenfalls auf dem Segler beschäftigten Koch 150 M. Urteil 3 Monate Gefängnis. — Wegen Trunkenheit erhielt der 2mal vorbestrafte Arbeiter B. aus R. 8 Wochen Gefängnis. — 3700 Patronen unter Schloß hat der Bootsmann L. bei einer im Lübecker Hafen erfolgten Munitionsverladung. Die Patronen wurden früher in Hamburg auf dem Kahn des Angeklagten bei einer Revision gefunden und beschlagnahmt. Der Angeklagte wurde nicht wegen Diebstahls, worauf die Anklage lautete, sondern wegen Unterschlagung zu 900 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte einen Strafbesehl, auf 8 Wochen Gefängnis lautend, erhalten, und wegen Berufung eingelegt. — Wegen Mißfälligkeit stand der Milchhändler Petersen, der vor dem Hofsteiner eine Verkaufsstelle der Hanlameteret hat, unter Anklage. Die Untersuchung einer Milchprobe vom 12. Oktober hat ergeben, daß die Milch zu 12 Prozent mit Wasser verdünnt war. Der Angeklagte wurde freigesprochen, da nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, wer die Fälschung begangen hat. Die von P. verkaufte Milch ist bereits vorher zweimal, im März und Juni, als der Fälschung verdächtig, beanstandet worden.

Die Reinhaltung des politischen Lebens.

Die Ellenbahnzeitung verurteilt am Donnerstag die Eigenbröterei der Fraktion Coleman-Wape, wobei sie betont, daß die Zeit für einen Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, sowie die Ausschaltung politischer politischer Ideen indigentlich vorbei sei. Das Blatt hebt ferner aus der deutschnationalen Entschlossenheit den Schluß, dort finge das Bedauern heraus, daß die Stellungnahme der Deutschdemokratischen Partei den Bürgerbund zum Scheitern gebracht habe und bemerkt dazu, die Demokraten hätten sich, wenn dies wirklich der Fall wäre, damit zweifellos ein Verdienst um die Reinhaltung des politischen Lebens erworben. Dann heißt es wörtlich weiter: „Der in der deutschnationalen Entschlossenheit angebotene Wunsch nach einer bürgerlichen Einigung erscheint uns verständlich. Er besteht auch bei den anderen politischen Parteien, kann sich jedoch nur auf ein taktisches Zusammengehen bei den Bürgergewaltswahlen beziehen mit dem Ziel, die parlamentarische Herrschaft einer einzelnen Partei zu brechen. Etwas anderes ist es aber, wenn die deutschnationalen Entschlossenheit den Grundpfeiler der Trennungspunkt zwischen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei freilegen möchte. Wenn man die Parteiprogramme der drei nichtsozialistischen Parteien gründlich studiert, so muß man als objektiver Beurteiler zu der Erkenntnis kommen, daß zwischen dem deutschdemokratischen Programm und dem der Deutschen Volkspartei kein wesentlicher Unterschied besteht, es sei denn das monarchische Bestehen. Das Lübecker Bürgergewaltswahlen überdies nicht in Frage käme, während auf der anderen Seite zwischen den Grundrissen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei in den Fragen der Weltanschauung, der staatlichen Auffassung und der Wirtschaftspolitik wesentliche Abweichungen ersichtlich sind. Dies nur nebenbei als Feststellung.“ Auf gut Deutsch: Die Deutschnationalen sind sich im wesentlichen mit den Volksparteilern einig; die Volksparteiler im gleichen Verhältnis mit den Demokraten. Und das nennt man dann Reinhaltung des politischen Lebens.

Achtung, Arbeiter-Jugend! In Moikling findet am Sonnabend, dem 4. Dezember, ein Stiftungsfest im Raffehaus Moikling statt. Treffpunkt 7 Uhr am Gem.-Haus. Um Teilnahme sämtlicher Mitglieder der A. J. sowie der älteren Jugendfreunde wird höflich gebeten.

Ueber Brennstoffersparnis im Hausbrand sprach auf Veranstaltung der Gewerkschaften am Mittwochabend im Johanneum Herr Stadtrat Eder aus München. Er wies auf andere durch den Friedensvertrag geschaffene, noch viele Jahre andauernde Kohlennot hin, die uns zur Verwendung von Ersatzstoffen zwingt. Auf die Ruhbarmachung der Wasserkraften dürfe man nicht allzuviel Hoffnung setzen, da sie höchstens 7-8 Proz. der Friedenskohlenförderung ausmachen. Mit den weniger uns zur Verfügung stehenden Kohlen müsse man sparsam umgehen, weil wir sie als Zahlungsmittel an das Ausland für Lebensmittel und Rohstoffe gebrauchen. Bei dem Brennstoffmangel sei es Pflicht der Behörden, den Hausfrauen zu Hilfe zu kommen, damit sie die geringen Brennstoffmengen voll ausnützen könnten. Ueberall im Reich solle deshalb Beratungsstellen eingerichtet werden. Die Haupt Sorge müsse auf möglichst gute Verbrennung gelegt werden, denn es läßt heute noch Kohlereste, bei denen nur 10-20 Proz. der dem Brennstoff innewohnenden Heizkraft zur Geltung komme. Würde es gelingen, den Wirkungsgrad der Heizkraft durchschnittlich auf 60-60 Proz. zu steigern, könnte man Hunderttausende von Zentnern Kohlen ersparen. Das sei in erster Linie eine Frage der Technik. Bei der Herd- und Ofenanlage sollte man sich nicht von der Sparjamkeit leiten lassen, wolle man die Betriebskosten nicht ins Unerträglichste steigern. Diese wiederum seien durch richtige Bedienung herabzumindern. Es ist in manchen Fällen notwendig, daß die Feuerungsstellen technisch der jetzigen Zeit entsprechend umgebaut werden. Es muß auch darauf geachtet werden, daß die zu beheizenden Räume nicht zu viel Türen und Fenster haben; ferner ist es zweckmäßig, wenn sich in einem Hause wohnende Familien verhältnismäßig und solche Zimmer als Wohnräume einrichten, die möglichst nahe beieinander liegen. Auch hierdurch lasse sich mit Kohlen sparen. In vielen Häusern ist es auch angingig, daß mehrere Zimmer von einer Feuerstelle aus erwärmt werden. Dann erwähnt Redner die Grube, die er nicht erwähnt, ist aber der Meinung, daß dieselbe sich nicht allgemein einrichten läßt, da die Feuertür nicht mit ihr aufbewahren lasse sich die damit befreundeten werden. Auch seien alle die neuen Erfindungen nicht gerade zu verwirklichen, aber es müßte doch schon bei Ankauf von

solcher Hilfsmittel vorerst einen Kaufmann am Rat zu fragen, da sonst leicht die Gefahr besteht, daß man mit solchen Anschaffungen gerade das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen will. Das Feuerungsmaterial muß Herd und Ofen angepaßt werden, insbesondere muß der Torf trocken sein und darf nur in zerklüfteten Stücken verwendet werden. Wichtig ist, daß Ofen und Herd die nötige Zugluft besitzen und gut gereinigt sind. Herr Eder wies ferner auf die notwendige und rechtzeitige Lüftung der Wohnräume hin und bekräftigte zum Schluß seine interessanten Ausführungen an einer Anzahl Lichtbilder, die, besonders den Hausfrauen ein gutes Anschauungsmaterial boten. Leider waren diese nicht sehr zahlreich vertreten.

Erleichterung der Kaffee-Einfuhr. Der Kaffee-Einfuhrverein in Hamburg ist im Einklang mit dem Reichsfinanzministerium nunmehr angewiesen worden, Anträge auf Einfuhr von Kaffee ohne Bindung an ein bestimmtes Kontingent zu bewilligen. Zur Einfuhr soll jedoch nur gewöhnliche Konsumware zugelassen werden. Es wird damit eine wesentliche Besserung der Kaffeeverordnung und eine Senkung der Kaffeepreise erreicht werden. Abwarten!

Die Feuerwehr wurde am Donnerstagabend 1/11 Uhr nach der Genossenschaftsbäckerei gerufen. Dort hatte ein Tischlermeister Holz auf den Ofen zum Trocknen gelegt, das auf unaufgeklärte Weise in Brand geraten war. Zum Glück ist der Bäckerei kein weiterer Schaden entstanden, aber der Tischlermeister hat die Einbuße seines Holzes zu beklagen. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abziehen.

Volkshochschule. Ueber Helmatunde und Helmatag — eine ernste Forderung unserer Zeit! — spricht Herr Ernst Schermer am Sonnabend, abends 8 Uhr im Johanneum. Der Vortragende ist seit Jahren für einen taekräftigen Helmatag eingetreten und wird an der Hand seiner prächtigen Lichtbilder die Hörer in unsere schöne Natur hinausführen und zeigen, welche reichen Schätze wir in unserer Umgebung besitzen, und daß es unsere Pflicht ist, dieses höchste Gut, eine schöne Heimat, zu erhalten.

Freiwilliger. Am Montagabend wurden an zwei verschiedenen Stellen der Umgebung von Lübeck fast gleichzeitig Freiwiliger beobachtet. Zur Klärung dieser in ihren Ursachen noch immer ungeklärten Frage, werden andere Beobachter derselben Erscheinung, die jetzt oder auch schon früher derartige Beobachtungen gemacht haben, gebeten, darüber unter möglichst genauer Angabe von Ort und Zeit und sonstiger Umstände (Witterung) an den Verein für volkstümliche Naturkunde, Lübeck, Museum am Dom, zu berichten.

Unfall! Donnerstag mittag 12 1/2 Uhr ereignete sich auf dem Fabrikhof der Firma Schürfe & Co. dadurch ein bebauerlicher Unfall, daß einige Wellen beim Abladen ins Rollen gerieten und den Arbeiter Müller am Bein erheblich verletzten.

Der Wert der Kaninchenzucht. Der Kaninchenzüchterverein von 1895 hat ein Interesse daran, daß die Nützlichkeit der Kaninchenzucht in weiteren Volkstreifen bekannt und danach eingeschätzt wird. Wie er uns mitteilt, traten erst im Anfang dieses Jahrhunderts die Vorurteile gegen die Kaninchenzucht mehr in den Hintergrund und die Beteiligung an der Zucht wurde etwas reger, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß sich Züchter fanden, die nicht bloß das Fleisch verwandten, sondern auch das Fell für Schuh- und Pelzwerk verwerteten. Die Züchtervereine mühten aber auch, um mehr Interessenten heranzuziehen, das Sportliche im Auge behaltend; so vereinigten man beides: Ruz- und Sportzucht. Was den Anforderungen in der Sportzucht nicht genügte, wanderte als Ruzzucht in die Rüche. Durch die Sportzucht sind viele neue Rassen entstanden, welche dem Züchter ein sehr begehrtes Material liefern. Während des Krieges erzielte die Kriegsveteranen-Vereinigung einen Reingewinn von 7 Millionen Mark für Kaninchenzucht, die von den deutschen Züchtern gelangt wurden. Fürner sind auch die Selbstanfertigungen von Pelzschuhen durch die Vereine gefördert worden, indem Nähtische veranstaltet wurden. Es wäre sehr erwünscht, daß die Beteiligung an der gesamten Kaninchenzucht immer mehr Wuch annehme, damit das Deutsche Reich in die glückliche Lage versetzt wird, seinen Bedarf in den Produkten, die die Kaninchenzucht liefert, selbst decken zu können. Diese Bestrebungen sollten behördlicherseits durch Bewilligung von mehr Ländereien und Wiesen unterstützt werden. Der Kaninchenzüchter muß den größten Teil des Futters selbst anbauen können; denn die enormen Futtermittelpreise sowie die unangenehmen Besatzerscheinungen im Sommer beim Futterfuchen an Wegen und Grabenrändern halten heute noch manchen Freund der Kaninchenzucht von einer Beteiligung hierin ab.

Verein für volkstümliche Naturkunde. Man schreibt uns: Im großen Saale der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit hielt am 26. November Herr Telegraphendirektor Brandt einen durch zahlreiche Lichtbilder und Apparate erläuterten Vortrag über die Einrichtung eines Telegraphen- und Fernsprechanstalt. Alle die Betriebseinrichtungen, die den modernen Fernsprech- und Telegraphenbetrieb auf die heutige Höhe gehoben haben, wurden eingehend besprochen, die Einführung der Kabel, die Sicherungsvorrichtungen, die verschiedenen Telegraphenapparate vom einfachen Klopfer bis zum schnelllaufenden Maschinen-telegraphen, schließlich das ganze Gewirr von Leitungen, Relais, Aktiven und Schaltern, die es uns heute ermöglichen, nicht nur jeden Teilnehmer im Ortsbezirk zu erreichen, sondern auch über weite Länderstrecken zu sprechen. Die Vortragbesucher und insbesondere auch die Teilnehmer an den am Sonnabend und Montag stattfindenden Besichtigungen des hiesigen Fernsprech- und Telegraphenamtes bekamen einen tiefen Eindruck von der hohen technischen Durchbildung unserer modernen Fernsprech- und Telegraphenbetriebe. Gleichzeitig lernten sie aber wohl auch das, daß sie in Zukunft mit mehr Geduld auf einen Anschluß warten werden, als bisher.

Der Verein der Bogenschützen Lübecks veranstaltet am 12. bis 14. Februar 1921 im Turnerschaftshaus eine Ausstellung. Ausgestellt werden ca. 250 deutsche und ausländische Bögel sowie Farbenkartonen.

Die Volkshochschule hat im November 14250 Portionen ausgegeben, pro Tag 475 Portionen, ferner 5818 gr. Tassen Kaffee, 6499 Portionen Abendessen, 1069 Kinderportionen.

Angrenzende Gebiete.

Schwartzau. Jugendvereinsveranstaltungen im Dezember. Sonnabend, 4. Dezbr.: Abends. Sonntag, 5. Dezbr.: Übungsabend bei Rüdger, von 2-4 Uhr. Dienstag, 7. Dezbr.: Kelgenabend. Sonnabend, 11. Dezbr.: Tischspiele. Sonntag, 14. Dezbr.: Übungsabend bei Rüdger, von 2-4 Uhr. Dienstag, 18. Dezbr.: Vortragsabend zur Weihnachtsfeier. Sonnabend, 18. Dezbr.: Elternabend. Wozu sämtliche Genossen und Genossinnen der Umgegend herzlich willkommen sind. Sonntag, 20. Dezbr.: Weihnachtsfeier, Anfang 5 Uhr. Dienstag, 21. Dezbr.: Abends. An den Weihnachtsfesten fallen die Veranstaltungen aus. Dienstag, 28. Dezbr.: Diskussionsabend. Donnerstag, 30. Dezbr.: Monatsvortrag. Wir wollen die Arbeiterkassen nochmals auf den Elternabend hin.

Ria. Die Bekämpfung der volkstümlichen Feuerstellen. Ein Komitee wurde von den hiesigen Kolonnen beauftragt. Sie soll das Defizit wettmachen, das durch den Wegfall des Zuschlags zum Gaspreise entsteht. Dieser Zuschlag betrug 75 Pf. pro Kubikmeter. Von dieser Steuer wurden vor allem die Hausbesitzer betroffen, die eine große Kinderzahl haben und deshalb gezwungen sind, viel Gas zu verbrauchen. Von einer direkten Steuer werden alle Kreise der Bevölkerung erfasst. Die sozialdemokratische Fraktion stimmt für die Steuererhöhung, weil sie sich der Notwendigkeit nicht verweigern konnte, für die Ausgaben der Ginnahmen zu sorgen und für die Herabsetzung des Gaspreises, weil ein Abbau derselben im Interesse der arbeitenden Familien unbedingt notwendig ist.

Lebensmittellieferungen in Ostpreußen. M. Königsberg, 2. Dezember. In Heydeberg und Umgegend fanden Lebensmittellieferungen statt. Die Demonstranten, etwa 700 Personen, konnten von der Polizei zerstreut werden, ohne daß es zu Ausschreitungen kam. Man befürchtet aber in den nächsten Tagen neue Unruhen wegen der mangelhaften Brotversorgung. Im November sind bei den Kreisstellen nur etwas mehr als 300 Zentner Getreide zur Verteilung gekommen, bei einem Bedarf von über 2000 Zentnern. (Ostpreußen ist Ueberfluthgebiet, weshalb dort die Brotversorgung am allerwichtigsten verlagert darf. Nur alleinstehende Mahlmägen können die geldhungrigen Agrarier zur Mägen bringen. Red.)

Ueberfall. M. Danzabütte (OS.), 2. Dezember. Das Gasthaus Bienenhof in Daurahütte wurde gestern von ungefähr 20 Banditen überfallen. Sie drangen unter Schüssen in die Wirtschaftsräume ein und raubten Kleider, Schuhe, Wäsche, Schmuckstücke usw. im Werte von 120 000 Mark, außerdem 1200 Mark Bargeld. Hierauf drangen die Banditen in das Haus des Portwärters ein und raubten auch dort Wäsche und Kleider im Werte von 20 000 M.

Der Kommunist Sult aus dem Heizerverband ausgeschlossen. M. Berlin, 2. Dezember. Der Kommunist Sult, der während des Elektrizitätsstreiks in Berlin eine führende Rolle gespielt hat, ist, wie der „Vorwärts“ meldet, aus dem Verband der Maschinisten und Heizer ausgeschlossen worden.

Die Hotelbesitzer drohen mit Schließung der Betriebe. M. Berlin, 2. Dezember. Der Verein Berliner Hotelbesitzer hielt heute vormittag im „Hotel Caplanade“ eine Lebhafte Versammlung ab, in der beschlossen wurde, an den Verein der deutschen Hotelbesitzer den Antrag zu richten, an einem von dem Verein deutscher Hotelbesitzer noch zu bestimmenden Tage sämtliche deutschen Hotels als Protest zu schließen und die Schließung so lange aufrecht zu erhalten, bis die Regierung Abhilfe in der Versorgung der Hotels mit Lebensmitteln geschaffen hat.

Erster Wajha aus Deutschland ausgewiesen. M. Berlin, 2. Dezember. Nach einer Erörterung Meldung des „Echo de Paris“ hat die Reichsregierung Erster Wajha, der sich seit einigen Tagen in Berlin aufhält, aufgefordert, Deutschland zu verlassen.

Streikflieber in Wien. M. Wien, 2. Dezember. In Wien ist eine starke Streikbewegung ausgebrochen. In Streit stehen alle Angestellten der Warenhäuser. Die Arbeiter der Vergütungsanstalten haben ein Ultimatum gestellt, ebenso haben die Metallarbeiter neue Forderungen aufgestellt, desgleichen die Angestellten der Gast- und Kaffeehäuser, die die Verhandlungen abgebrochen haben.

Völkerbundspakt und Friedensvertrag. M. Genf, 2. Dezember. Die gestrige Sitzung des Völkerbunds-Versammlung dürfte später als ein schwarzer Tag in der Geschichte des Völkerbundes bezeichnet werden. Sie entschied entgegen allen Erwartungen, die den Völkern gemacht worden sind, für die Beibehaltung des mangelhaften Versailles-Völkerbundpaktes und gegen die immerhin schütteren Änderungsanträge der nordischen Staaten. Man hätte auf eine lebhaftere Opposition rechnen können, die auch zweifellos bestand, sich aber im Schicksal hervormagte. Frankreich majoritäre die Beibehaltung und das kennzeichnende Merkmal der Debatte war, daß es weit weniger um den Völkerbundspakt als um den Friedensvertrag mit Deutschland ging. Im Gegensatz zu allen Völkerbundsfeinden (sowohl Wajha, als auch Bourgeois) ist der Völkerbundspakt und Versailles Friedensvertrag ein unauflösbares Ganzes.

Smolensk als kommunistisches Hauptquartier. M. Paris, 2. Dezember. Nach Nachrichten aus Warschau haben die Bolschewiken Smolensk zum Hauptquartier der kommunistischen polnischen Armee bestimmt, welche sie aufstellen, um sie bei den zukünftigen Kämpfen zu verwenden.

Flume flohert. M. London, 2. Dezember. Die „Eveningpost“ berichtet, daß die italienische Regierung die Ententemächte von der Botschaft Roms, welche Dienstag um Mitternacht begann, offiziell im Kenntnis gesetzt hat.

15 Millionen Europäer wollen nach Amerika gehen. M. New York, 2. Dezember. Die Schiffsahrtsgesellschaften verlangen von dem Einwanderungsminister die Einreiseerlaubnis für 15 Millionen Europäer. Der Kommissar reist nach Washington, um mit Kongressmitgliedern die Sachlage zu besprechen.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“. Programm für Dezember: 12. Dezember: Schwartzau, Hohenfeld, Karkas, Waldhufen. Abfahrt 140 vom Markt. Führung: E. Blieffert. 15. Dezember: Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus 74 Uhr. 18. Dezember: Genin, Borraba, Wulfsberg. Treffen: Lindenplatz 1,30 Uhr. Führung: Kreplin. 26. Dezember: Hraelsdorf, Rauerholz. Treffen: 2 Uhr, Bugtorbrücke. Führung: Rollenbauer. 31. Dezember: Silvesterfeier im Lübeckersd. Abfahrt 9.12 Uhr. Bahnhof. Jeden Montag abend 7.20 Uhr: Zusammenkunft im Schulhaule Hrafsstraße 60. Gruppe für Volkstänze und Spiele. Leiter: Paul Seifert. Heimstätten 49. — Jeden Freitag abend von 7-9 Uhr: Ueber den Neptentage in der Turnhalle des Lehrer-Seminars, Langer Lohberg 20. Musikgruppe. Leiter: Ernst Frahm. Fildergrube 78 im Hrafel. Übungsabend jeden Mittwoch 8-10 Uhr: (Mandoline und Gitarre) im Abtinnungs-Cafe, Hinterstraße 100. — Taubstummengruppe. Leiter: Peter. Kranz. Vargamstr. 2a. 1. Sonnabends und Sonntags 8 Uhr Zusammenkunft bei Buchmann, Glockenteichstraße 1.

Briefkasten. H. N. 109. Der Prozeß Pring ist noch nicht abgeschlossen, sondern dauert weiter an. Wir werden auf verschiedene Vorgänge in diesem Prozeß noch zu sprechen kommen, sobald das Urteil vorliegt. Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten aus dem Kreisgebiet Lübeck verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Kreisgebiet Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Frieda Pöner & Co. Smith in Lübeck.



Karl Lahrz, Wäckerstr. 16. (10892)  
 Rindfleisch pr. Pfd. 9.—  
 Bratenfleisch 10.—  
 Rostfleisch 13.—  
 Scheibenschnitt 14.—  
 frisches Schafsch 18.—  
 Schweinefleisch 18.—  
 Hammelfleisch 18.—

# J. H. Bein

Am Markt 12.  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für  
 erhaltene Manufaktur-  
 waren • Spezialhaus  
 für Betten, Bettfedern  
 und Daunenn • Herren-  
 u. Knaben-Garderoben  
 Arbeiter- und  
 Berufskleidung. 10841

Heute Freitag abend 8 Uhr  
 (10862) Zentralhallen.

## Wohnungsnot!

Sozialdemokratischer  
 Verein Lübeck.  
 Ortsgruppe Moisling.

## Mitglieder- Versammlung

am Sonnabend, dem 4. Dezbr.,  
 abends 8 Uhr,  
 im Kaffeehaus Moisling.  
 Tagesordnung:  
 1. Die politische Lage.  
 Referent: Gen. Aug. Schulz.  
 2. Abrechnung von der Re-  
 volutionsfeier.  
 3. Beschiedene. (10861)  
 Zahlreiches Erscheinen er-  
 wartet Der Vorstand.

## Mieterschutz vor ein- e. V. :: Lübeck.

## Berammlung

1. Mieter i. Staatswohnungen  
 am Montag, 6. Dezbr.,  
 abends 7 1/2 Uhr,  
 im Gewerkschaftshaus.  
 Tagesordnung: Bericht über  
 die Verhandlungen mit  
 der Finanzbehörde.  
 10894) Der Vorstand.

## Deutscher Transportarbeiter- Verband 10898

## Berammlung

der  
 Kohlenplatzarbeiter-  
 Antifeder  
 und Eisenarbeiter  
 am Sonnabend, d. 4. Dezember  
 abends 7 1/2 Uhr  
 im Gewerkschaftshaus.  
 Tages-Ordnung:  
 Bericht der  
 Lohnkommission.  
 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter- Verband.

## Berammlung

der Elektriker  
 am Sonntag, dem 1. Dezember  
 vormittags 10 Uhr  
 im Gewerkschaftshaus.  
 Tagesordnung:  
 1. Unsere Lagefrage.  
 2. Bericht von der Reichs-  
 konferenz. (10891)  
 Die Ortsverwaltung.

# Extra-Verkauf

## Gardinen Teppiche Decken • Vorlagen • Läufer

Außerordentlich billige Preise werden  
 Sie veranlassen, schon jetzt für den  
 Weihnachts-Tisch bei uns zu kaufen!

Ca. 350 Fach Gardinen

beste Mako- und Relief-Qualitäten, in reicher Muster-Auswahl  
 Serie I 2 Schals 125- | Serie II 2 Schals 98-  
 Durchweg .....

## GARDINEN vom Stück

Tüll-Gardinen  
 seitig eingefaßt . . . . . Meter 11.75 9.75  
 Tüll-Gardinen  
 mit Kante, doppeltbreit . . . . . Meter 18.75 12.75  
 Spannstoff  
 ca. 130 cm breit . . . . . Meter 24.75 19.75  
 Punkttüll für Gardinen  
 130 cm breit . . . . . Meter 19.75  
 Gardinenfallen  
 Erbstill und fester Stoff . . . . . Meter 9.75 6.75

## TISCH-DECKEN

Tischdecken aus tuchartigem Stoff  
 reich dekoriert . . . . . 84.75 69.50  
 Tischdecken aus Kochschon  
 reich dekoriert . . . . . 123. 79.50  
 Tischdecken Jacquardgewebe  
 mit Fransen . . . . . 98-  
 Tischdecken Gobelingewebe  
 mit Fransen, extra groß . . . . . 145- 115-

## BETT-DECKEN

Bettdecken  
 aus engl. Tüll, zweifach . . . . . 195-  
 Waffel-Bettdecken  
 mit und ohne Fransen, weiß . . . . . 88.75 34.75

## GARDINEN abgepaßt

Stores  
 Erbstill mit Bändchenarbeit . . . . . Stück 68-  
 Madras-Garnituren  
 mit Fransen . 2 Schals u. Querbehang 175-  
 Künstler-Garnituren mit Erbstill-  
 Volants . . . . . 2 Schals u. Querbehang 145-  
 Portièren-Garnituren aus schweren  
 Stoffen . 2 Schals u. Querbehang 195- 168-  
 Schlafzimmer-Gardinen Mull bestickt  
 u. bedruckt . 2 Schals u. Querbeh. 225- 175-

## DIWAN-DECKEN

Diwandecken  
 mit Fransen, schwere Qualität . . . . . 145-  
 Diwandecken Jacquardgewebe  
 in schönen Farben . . . . . 245-  
 Diwandecken  
 in aparten Farbenstellungen u. Mustern 275-  
 Diwandecken  
 aus einfarbigem Mohair-Plüsch . . . . . 365-

## REISE-DECKEN

Reisedecken  
 schwere Stoffe, in schönen Mustern . . 145-  
 Schlafdecken  
 mit Kante, warme mollige Qualität . . 89-

Vom 3. bis 10. Dezember  
 gewähren wir auf sämtliche  
**STEPPDECKEN 20%**  
 diesen Extra-Kassen-Rabatt von  
 Dieser Betrag wird auf den Kassenzetteln vom Preise in Abzug gebracht.

## TEPPICHE UND VORLAGEN

Teppiche aus wappstein Seilstoff  
 Größe 12/4 . . 195- Größe 10/4 145-  
 Axminster-Teppiche  
 aus reinem Material, Fasermuster  
 Größe 12/4 . 1190- Größe 10/4 690-  
 Velour-Teppiche  
 elegantester Art  
 Größe 12/4 . 1950- Größe 10/4 1190-

ein kleiner  
 Posten **Linoleum-Teppiche** Größe 200/300 Größe 200/250 Größe 150/200  
 schönes Muster, in Friedens-Qualität. . . . . 690- 590- 365-

Wieder eingetroffen:  
 Kokosläufer / Linoleum / Rollen-ware / Worpssweder Teppiche

Linoleum-  
 Platten  
 ca. 60x24 cm  
 zum  
 Ankleben  
 Stück 60

# Holstenhaus

LÜBECK

Möbel- und  
 Dekorationsstoff  
 180 cm breit  
 in viel. Mustern  
 rein. Material  
 Mtr. 26.75

Volkshochschule. Son-  
 abend, 4. Dezbr. 1920, ab  
 8 Uhr, im Johanneum.  
 Vortrag: Mittelschullehrer  
 G. Schermer über De-  
 matunde und Heimatlich-  
 — eine Forderung unsere  
 Zeit (Mit Lichtbildern) Ein-  
 tritt für Hörer frei; Nicht-  
 hörer 1 Mtr. (10884)

## Hodermann

Morgen Sonnabend  
 ab 4 Uhr nachm.:  
**Doppel-Konzert**  
 2 Kapellen.  
 Freier Eintritt. (10888)

Die führende

# Bar

in der (10848)  
**Fledermaus**  
 ab 8 Uhr geöffnet.

Sonntag, 5. Dezember,  
 nachm. 4 Uhr: (10888)  
**Preisskat**  
 im Polierkrug.

## Preis-Staf

Sonnabend abends 7 1/2 Uhr.  
 Sonntag 4 1/2 Uhr. 10889  
 Prima leb. Gähne.  
 Fr. Aitmann, Sadowstr. 11a.

## Preisskat

Prima Preise.  
 Sonnabend 7 Uhr.  
 Johs. Dunkelmann,  
 10888) Sadowstr. 1a.

Heute Freitag 7 1/2 Uhr.  
 Sonntag 4 und 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Preisskat.**

(Stellpresse).  
 Gambrinus-Halle,  
 Hartenstraße, Ecke Obertr.  
 10890) Paul Schneidewind.

## Fledermaus

8 1/2 Uhr  
 (10885)

## Biro-Duo

und das sensationelle  
 Dezember-Programm.

## Hansa-Theater

Zum 4. Male, der große Schwankfolg,  
 Heute 7 1/2 (im Ab. S. 11):  
**Der Großstadtkavalier.**

Morgen 7 1/2:  
 Der ersten Liebe goldne Zeit.

Sonntag nachm. 3 1/2  
 (bei halben Preisen):  
**Dornroschen.**

Abends 7 1/2: (10884)  
 Gastspiel Trude Bornholt.  
**Das Dreimäderlhaus**

## Stadttheater Lübeck.

Freitag: Buchst. A u. 9.  
 Vorst. i. Op. Abonn. Der  
 Barbier v. Sevilla. 7.30

Sonnabend: Buchst. A u. 9.  
 Vorst. i. Sch. Abonnement  
 Hofe Berndt. 7.30 Uhr.

Sonntag: Faustaktus II  
 (für Schüler) Einführender  
 Vortrag an Faust I. Teil.  
 11 Uhr, Ende 12.20. (10886)

8. Veranstaltung f. d. Erb-  
 Bds. B. Hofe Berndt. 2.30  
 Aida. 7 Uhr.

Montag: Faustaktus II  
 (Schüler) Faust I. bis 2.  
 Bretchenragodie. 7.30  
 Abonnement f. Faustaktus  
 I u. II endgültig geschlossen.







Wendungen in der Arbeiterbewegung aller Länder, die wir fördern, vereinigen müssen in unserem Kampfe gegen die Reaktion und für eine neue Gesellschaftsform. Sehen wir doch immer mehr, wie wenig Wert alle unsere Errungenschaften haben, solange die kapitalistischen Kreise die Möglichkeit behalten, neue Kräfte zu entfehlen und alles bis dahin Erreichte wieder zu vernichten. Daher ist die erste und wichtigste Aufgabe die Bekämpfung des Militarismus. ...

# Freistaat Lübeck.

Freitag, 8. Dezember.

## Der Profit ist die Hauptsache.

Die Zeitungen sind voll über die Not der Kinder. Ueberall wird zur Spende aufgefordert, die Seele des Volkes soll erweicht werden. Es kommt ja auch bald die liebe Weihnachtszeit, wo der zahlungsunfähige, Satte, keinem Herzen einmal einen Stroh gibt und in christlicher Anwandlung etwas opfert. Das ganze Jahr hindurch bietet sich ja Gelegenheit genug zur Vermehrung des Ueberflusses, da kann man auch zwischenwärtig ein kleines Almosen spenden. Das erleichtert das Gewissen. Derweil kauft man sich weiter die kräftigsten Speisen und beste Butter, kauft die dafür bezahlten hohen Preise auf die allgem. einen Geschäftskosten und verteuert so den Lebensunterhalt des Volkes um so viel und etwas mehr. Gerade bei der Butter ist ein besonderes Wort zu reden. Sie ist im offenen Schmelzhandel überall zu haben. Für den von den zahlungsunfähigen Agrarier gewünschten Preis von 32 M. aufwärts. Die guten Leute scheinen gar nicht zu ahnen, daß sie durch ihr Tun gerade den armen, unterernährten Kindern die Milch wegnehmen, die Bauern ermutigen, ihrer Ablieferungsspflicht nicht nachzukommen. Es schafft so besser. Mancher ist auch unter den Butterkäufern, der sagt, daß keine Milch für die Kinder, Kranken und Schwächlichen vorhanden ist, obwohl er zu diesem Mangel durch sein unloyales Verhalten beiträgt. Wieviel besser hätte es mit der Milchablieferung stehen, wenn jeder mit sich selbst ins Gewissen gehen würde. Der Butterhandel ist gemeinheitsfähig. Aber er ernährt keinen Mann. Dafür ein Beispiel:

In Neuenbrock im Oldenburgischen erzählte ein Händler, der ständig Bauernbutter zum Tagespreise aufkauft, in einer Wirtschaft, wo er sich an einem Steinhäger gewärmt hatte, von keinem Erfolge im Butterhandel. Der Erfolg seiner Reiseligkeit blieb nicht aus, und die Beschlagnahme eines großen Quantums ließ nicht auf sich warten. Da der betreffende Händler als ein gewissenhafter Kaufmann auch ordnungsmäßig „Buch führte“, konnte man auch die Namen der Leute, die an ihn verkauft hatten, feststellen. Das „Befragungsjahr“ eines Landwirts an einem Tage hatte nur 57 Pfund betragen. Der Kaufpreis betrug 27 Mark für ein Pfund. Mit etwa 10 Mark Gewinn für jedes Pfund wurde die Ware weiter verkauft.

Dafür kann man sich wohl einen Steinhäger erlauben. Wir wissen alle, daß die Milchknappheit auch bei voller Ablieferung noch nicht ganz beseitigt würde, aber wesentlich gemildert könnte

he werden. Die Interessenten wollen aber die Milch gar nicht besetzen. Die Produkte aus der Milch, Butter und Käse, vertragen einen weit höheren Gewinn. So beschloß der Ausschuss für Milchwirtschaft der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer und der Ausschuss der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftsverbände, die Herstellung von Tisiter und Gouda Käse schon jetzt in die Wege zu leiten, da voraussichtlich mit Beginn des neuen Winterjahres erhebliche Mengen Milch für die Käseherstellung zur Verfügung stehen werden. Es soll eine Käsezentrale und drei Käsefabriken errichtet werden. Wir erleben hier den gleichen Vorgang wie beim Fleisch. Der Zwang bei der Milchwirtschaft soll aufgehoben werden, dann ist so viel Milch vorhanden, daß sie gar nicht abzusehen ist. Warum? Weil sie einfach nicht gekauft werden kann. Dann macht man keinen Deffestehilfe, dessen Milch nicht an den Tag gebunden ist. Schickt ihn schließlich noch über die Landesgrenzen, wo er insofern unserer Valuta besser bezahlt wird. Man steckt den Valutagewinn ein und zahlt die deutsche Minimallohne, bei denen man nicht leben und sterben kann.

Mit den Fischen, um noch ein Beispiel anzuführen, ist es ebenso. Am Mittwoch wurden in der Markthalle grüne Herings für 3,50 Mark pro Pfund verkauft. Etwa den 3fachen Preis. Wer kann dies bezahlen? Wie es gemacht wird, dafür gibt ein Kenner der Verhältnisse, ein Schweizer Bürger, in unserem Bremerhavener Bruderblatt Auskunft. Er schreibt: Zu enormen Preisen werden die Fische auf der Auktion erworben. Aber wer soll dann die hohen Detailpreise entrichten? So werden sich viele fragen, die mit langen Gestirnen und unverständlicher Sache von der Auktion den Weg nach Hause antreten müssen. Geht man der Sache auf den Grund, kommt man immer wieder zum alten Lind - Schiebung! In Deutschland können die Arbeiter die Fische nicht mehr erwerben, folglich müssen sie irgendwo anders auf den Markt gebracht werden. Und das ist in einem Lande, wo man die hohen Preise bezahlen kann. Bedenkt man die großen Mengen von Fischen, die täglich den Weg nach der Schweiz finden, so wird das Rätsel bald gelöst sein. Der Fischimport nähert sich bald der Friedenseinfuhr. Für die Schweizer Konsumenten das Erfreuliche, daß sich die Preise auf einer Basis bewegen, die weit unter dem normalen Fleischpreis sich erstreckt. Vor dem Kriege bezahlte man für einen Zentner Fische etwa 100 Franken (80 M.). Dieser Preis erhöhte sich in den Kriegsjahren bis zu 500 Prozent. Inzwischen hat ein Preisabbau eingeleitet, der es ermöglicht, die Fische etwa um 100 Proz. über den normalen Friedenspreis zu stellen. Für verschiedene Sorten existieren heute schon wieder die Vorkriegspreise. In den Schweizer Städten sind bereits wieder die Fischmärkte eingeführt und wo diese nicht stattfinden, werden Wege geschaffen, um auch der Bevölkerung auf dem Lande die Fische zugänglich zu machen. Bedenkt man den heutigen Stand der Valuta, so fällt für ein Pfund Fische zu bezahlen. Vergleicht man den Auktionspreis mit demjenigen des Verkaufes, so wird mancher fragen müssen, wer trägt die hohen Gewinne davon? Der Detailist in der Schweiz nicht, aber der Erzeuger und vor allen Dingen die

So ist es. Man verschärfte Lebensmittel, Waren und Maschinen, unbekümmert darum, ob das Inland Not leidet oder nicht. Die Hauptsache ist der Profit. Der Schweizer Bürger hat ganz recht wenn er sagt: Solange diese Valutaverhältnisse anhalten, werden sich immer Geschäftleute finden, die zum Nachteil ihres Mitbürgers aus diesen ungelunden Verhältnissen den ausgemachten Nutzen zu ziehen suchen. Vielleicht findet sich doch einmal ein harter Arm, der in der Lage ist, mit dem eisernen Besen einen sauberen Reins zu halten.

Stadttheater. Freitag wird „Der Barbier von Sevilla“ und Sonnabend „Rosa Berndt“ wiederholt. Wir verweisen auf den einleitenden Vortrag zu Faust I. Teil von Professor Anthes am Sonntagmittag. Nachmittags findet eine Veranstaltung für den Arbeiter-Bildungs-Verein mit „Rosa Berndt“ statt. Abends föhrt „Vida“ zur Aufführung. Montag findet die erste Aufführung für den Kaufmann II (Schüler) statt, gespielt wird Faust I bis zur Gretchentragödie.

Sankttheater. Freitag wird der geradezu unübertroffene Schwanz „Der Großhändler“ bereits zum vierten Male wiederholt. Es ist der Dichtung gelungen, den derzeit berühmtesten Schauspielers Deutschlands, Paul Wegener, für Mitte Dezember zu einem einmaligen Gastspiel zu gewinnen.

## Arbeiterbewegung.

Eine neue Großgewerkschaft in England. Die „Reuters Bureau“ meldet, hat eine Konferenz der Vertreter von 19 Gewerkschaften der Dockarbeiter, Wagenführer, Arbeiter auf Leichterfahrzeugen, Hafenarbeiter usw. beschlossen, alle diese Organisationen zu einem großen Verbände zusammenzuschließen. Der Vorsitzende des englischen Transportarbeiterverbandes, Gosling, erklärte auf der Konferenz, dies sei eine der größten Fusionen organisierter Arbeiter, die jemals in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung vorgekommen sei. Sie werde die Macht des „Dreibundes“ der Transportarbeiter, Eisenbahner und Bergleute erhöhen.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Die Straßenbahner und der Auktionsbesuch. In der letzten Sitzung der Bürgerchaft wurde bei der Frage der Gewährung neuer Leitzungsbefugnisse an die Straßenbahner von Herrn Dr. v. Bröckel, wie insbesondere auch von Herrn Senator Evers darauf hingewiesen, daß diese Kategorie von städtischen Angestellten mehr als acht Stunden arbeiten könnte. Ich verstehe nicht, wie diese Herren gerade immer den Straßenbahner damit kommen. Denken Sie vielleicht, hier wäre ertagsfähiger Boden für Ihre Idee, damit sie noch mehr Profite in ihre gründlichen Taschen stecken können? Sie irren sich ganz gewaltig, meine Herren von der Rechten und Vertreter der Kapitalisten. Haben Sie sich überhaupt schon einmal der Mühe unterzogen, unsern Dienst näher unter die Lupe zu nehmen? Wir haben entweder morgens früh oder abends spät, dazu jeden Sonn- und Feiertag Dienst. Daneben ist unsere Arbeit mitunter geistig anstrengender als die irgend eines Bureauangestellten. Dazu kommt dann noch die Unregelmäßigkeit im Essen und Schlafen. Der Körper wird hart mitgenommen. Nach meinen Berechnungen arbeiten wir überhaupt schon mehr als acht Stunden. Wir haben Tage von zehn, ja sogar elf Stunden Dienst, die dann andere Dienste wieder weitmachen sollen. Weiter waren wir bis jetzt die schlechtest bezahlte Kategorie der Arbeiter. Wir waren mehr als andere genötigt, uns Holz zu sammeln oder Stäbchen zu toben, da wir uns nichts kaufen konnten, als das Notwendigste zum Leben. Somit arbeiteten wir nicht acht, sondern 12-14 Stunden. Und weshalb? Nur infolge Ihrer Schuld, meine Herren. Früher hatte man es nicht nötig. Also unterlassen Sie, bitte, in Zukunft diese Anspielungen auf Mehrarbeit als acht Stunden. Bei uns haben Sie kein Geld damit. Sparen Sie lieber an anderen Stellen. Ich habe nämlich eine andere Auffassung von der Ehrenpflicht, Bürgerchaftsmitteln zu sein, als jene Straßenbahnerfahrt und 600 M. Gratifikation. Hoch lebe der Auktionsbesuch, die höchste Bewunderung der Revolution! Ein Straßenbahner.

Ein Punkt in die Deffentlichkeit.

Da mir nichts anderes übrig bleibt, so zu meinem Recht zu kommen, so ich mich entschließen, auf meine Rechte zu bestehen.

irgen Wege die Deffentlichkeit anzurufen. Es betrifft einen Fall der Mahregelung und den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses. Der Fall liegt wie folgt: Am 3. November wurden wir, unsere zwei Mann, auf der Lübecker Delmühle in Siems entlassen. Als Entlassungsgrund wurde angegeben: „X. und Y. für unsern Betrieb nicht geeignet.“ Mein Kollege hatte fünf Wochen und meine Wertigkeit sogar vier Monate dort gearbeitet. Und nun auf einmal: unbrauchbar! Mancher Leser wird vielleicht denken, wegen Faulheit oder sonst etwas. Nichts von alledem! Es ist in Durchführung eines Betriebsvertrages geschieden. Wir arbeiteten an den Lospfählen. Uns wurde Astford angeboten, was wir aber ablehnten mußten, da wir sonst unter Stundenlohn verdient hätten. Mancher wird nun denken: wo bleibt denn da die Solidarität der Kollegen oder die Gewerkschaft? Wir wurden zunächst vorläufig beim Betriebsrat. Dieser verwies uns an den Schlichtungsausschuss. Die erste Sitzung fand am 18. November statt. Als Zeuge erschien nur Herr Direktor Asmus. Der Vorsitzende verlas zunächst ein Schreiben der Firma, worin Behauptungen aufgestellt waren, die jeder Bestäubung entbehrten. Da mein Kollege und ich natürlich nicht auf Maul gefaßt waren und die Behauptungen bestritten, konnte keine Einigung herbeigeführt werden, und die Sitzung wurde auf den 28. November vertagt. Es sollten noch weitere Zeugen, wie der Meister B., Arbeiter R. und der Betriebsrat, gefordert werden. Die zweite Sitzung begann. Mein Kollege, der inzwischen anderwärts Arbeit angenommen hatte, war nicht erschienen. Ich mußte mich gegenüber drei Gegenzeugen verteidigen. Ein Hagel von Unwahrheiten - ich lüge Unwahrheiten, weil ich es beschwören könnte und Zeugen dafür bringen kann, daß die Behauptungen gegen uns unwahr sind - prasselte auf mich nieder. Die Sitzung dauerte zwei Stunden und es wurde zweimal Beratung abgehalten. Die Behauptung des Herrn Asmus, daß wir mit Einwilligung des Betriebsrates entlassen worden seien, wurde vom Betriebsrat dahin richtig gestellt, daß wir von ihm nur an den Schlichtungsausschuss verwiesen worden seien. Während der ersten Beratung, während der die Zeugen und ich, das möchte ich noch besonders erwähnen, uns auf den Korridor zurückziehen mußten, hatten Herr Asmus und Meister Bud ein Zwiesgespräch, wobei Herr Asmus betonte, in welche Schicht ich noch hinein Wante, wofür ich Recht bekäme. Herr Bud sagte bei dieser Gelegenheit: „Dann müssen wir ihn in eine andere Schicht stecken; seine ist bekehrt.“ Gerade diese Worte sprachen für sich selbst; denn darüber braucht man vorher nicht zu sprechen, ob man einen Mäuder wieder einstellt, wenn auch ein Schlichtungsausschuss es befiehlt. Nach der ersten Sitzung wurden ganz neue Beschuldigungen von Herrn Dir. Asmus gegen mich vorgebracht, von denen bisher noch gar nicht die Rede gewesen war. Er behauptete nämlich, daß er selber mich öfters beobachtet habe, wie ich erstens zu wenig geleistet, und zweitens meine Kollegen von der Arbeit zurückgehalten habe, worauf er persönlich mich dann zur Rede gestellt hätte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Herr Asmus dieses erst in der letzten Zeit gemerkt habe, erwiderte derselbe: „Nein, gleich von Anfang an ist mir dieses aufgefallen.“ Ich erwiderte, wie es bloß angehen könnte, daß Herr Asmus einen so gemeinen Kerl, Faulenzer und Saboteur, der andere Leute von der Arbeit abhält, vier Monate lang beschäftigt habe. Es half alles nichts. Zeit schwimmt oben. Ich mußte den Paragrafen 84 Abs. 4 des Betriebsvertrages herunterschreiben. Ist das Gerechtigkeit? Ich klage alle drei Zeugen, Herrn Dir. Asmus, Meister Bud und den Vorarbeiter Koop öffentlich an, weil sie bemüht die Unwahrheit vor dem Schlichtungsausschuss gesagt haben. Ich halte meine Aussagen aufrecht und kann sie jederzeit verantworten. Wenn die Herren den Mut haben, dann bitte! Recht muß doch Recht bleiben. E. S.

## Handel und Industrie.

### Devisen-Kurse.

Hamburg, 2. Dezember.

Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	2. Dez.	1. Dez.
Holland	100 fl.	2150
Kopenhagen	100 Kr.	975
Stockholm	100 Kr.	1880
Kristiania	100 Kr.	987 1/2
Helsingfors	100 finn. Mk.	145
Schweiz	100 Frs.	1102 1/2
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	22 1/2
Budapest	100 K.	16 1/2
Prag	100 K.	85
Spanien	100 Pesetas	927 1/2
London	1 £	245 1/2
Paris	100 Frs.	428
Belgien	100 Frs.	455
Italien	100 Lire	202 1/2
Bukarest	100 Lei	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	70 1/2
do. briell. Ausz. od. Scheck		70

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Vertunftsport	Fahrtzeit	Lage	Std.
D.		Fehmarn	Schmunn	Burgstaaken			4
D.	E.	Ambulant	Behrmann	Wismar			1
D.		Annellese	Zhiel	Ogelsund			2 1/2
D.		Frey	Lindblom	Kopenhagen			1
D.		Groß-Friedr.					
		Franz IV.	Ebler	Ogelsund			8

## Vom Büchertisch.

Wegs zur Relativitätstheorie. Von Rudolf C. M. M. 25 Abbildungen. Preis geh. 5,20 M., geb. 7,80 M. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle Franckh'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Von der „Volksbühne“, Zeitschrift für soziale Kunstpflege, ist loben das zweite Heft zur Ausgabe gelangt. Es enthält Beiträge von Staatssekretär Heinrich Schulz, Dr. Johannes Schittowski, Prof. Just, dem Direktor der Berliner Nationalgalerie, Max Hildebrandt, Karl Bröger, Paul Joch, dem Dramatiker Hans Frank u. a. Die „Rundschau“ gibt wertvolles Material über die Volksbühnenbewegung. Der Preis des reichhaltigen Heftes beträgt 1,30 M., ein Halbjahresabonnement ist für 3 M. zu bestellen, und zwar beim Verlag Berlin C 28, Linienstraße 227.

**Kinder in Not!**  
**Wüsst Du fehlen**  
**mit Deiner Gabe?**  
**Deutsche Kinderhilfe.**









# KARSTADT

LÜBECK

Hochwertige  
Gebrauchs- und Luxus-Schuhwaren  
zu allerbilligsten Preisen

## Damenstiefel

Chevreau, mit u. ohne Lack-  
blatt, vorzügliche Qualität,  
neueste Schnitte und streng  
moderne Formen, Schatt-  
höhe 21 cm ..... Paar

## Herrenstiefel

Chevreau und Boxkalf,  
ganz moderne Formen in  
fa. Verarbeitung, beste  
Goodyear - Welt - Fabrikate  
..... Paar

**186.- 165.-**

Kinderstiefel und Hausschuhe  
besonders preiswert



## Orchester des Vereins der Musikfreunde

### Volkstümliches Konzert

im **Gewerkschaftshaus**

Sonnabend, 4. Dezember 1920, 7 1/2 Uhr:

Leichtes, fröhliches Programm!

### Sparklub „Gemütlichkeit“.

## BALL

am Sonnabend, dem 4. Dezember 1920  
in den „Zentralhallen“.

Raffensöffnung 6 Uhr. (10397) Anfang 6 1/2 Uhr.  
Hierzu ladet freundlich ein Das Komitee.

Einladung zum

## BALL

der Kesselschmiede und Elmerbauer  
am Sonnabend, dem 4. Dezbr. 1920  
im Konzerthaus „Flora“.

Anfang 6 1/2 Uhr. Ende ?  
10398 Der Festausschuß.

**Diele! Diele!**

Zlffstraße 32

## E. Krogmann Wwe.

la. süßer Sirup pr. Pfd. 4.40 Mk.

besond. geeignet zum Backen ohne Verwendung v. Butter

la. 20% Gouda-Käse, (etwas Bruch) pro Pfd. 9.92 Mk.

Ger. Mettwurst Pfd. 20.- Mk.

Sonstige Sorten Käse, sowie Wurstwaren zu den billigsten Preisen.

Ganz prima große Butter

Stk. 1.20 Mk. 10410

Margarine pr. 2 13.60 Mk.

Müllers billige Fleischquelle, Huxstraße 83/85.

Schweinefleisch Pfd. 16 Mk. Rindfleisch Pfd. 10.-

Keinzel . . . . . 18 „ „ Rindfleisch Pfd. 12.-

Kaufe Schweine, Mädel, Kälber, Ziegen. 10406

## Herren-Hüte u. Mützen

empfiehlt in großer Auswahl zu billigen  
Preisen

## Eduard Hirsekorn,

Geckstraße 20. 10402

## Kein Verlust

an Aroma, wenn Sie zur Bereitung aller Speisen nur den „Rieschel-  
Herd“ benutzen. Das Kochen erfolgt innen, abgeschlossen wie in  
einer Kochkiste. Es gibt für jeden Haushalt zum Kochen, Braten,  
Backen, Rösten usw. in der Tat nichts Besseres als einen

## Rieschel Patent-Grude-Herd

mit Welsiebföhrung.

Nur die Welsiebföhrung macht den Grudeherd vollkommen.

100% Mehrleistung!

Alleinverkauf:

(10868)

## Adolf Borgfeldt,

Mühlenstr. 36-44. Tel. 672.

Modernste  
preiswerte

Herren- u. Knaben-  
Kleidung



Lübecks größtes Spezialhaus.

10847

## „Zum Kronprinzen“

Beckergrube 57.

Sonnabend, d. 4. und Sonntag, d. 5. Dezbr.

### Auspielen

von Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch.

(10878)

Joh. Reve.

## Plattbühne Verein „Gel“ in Lübeck.

Freitag, den 5. Dezember 1920

### 1. Gesellschafts-Abend

in't Koloosseum.

Anfang 8 1/2 Uhr.

De Kass ward 8 1/2 Uhr.

Eintrittspreis: Mannskld Mt. 5,-

Fruuskld „ 4,-

De Vorstand.

(10872)

## Sportverein Marli.

A.-T.-V. 10868

Einladung zum

### Stiftungs-Fest

am Sonnabend, dem 4. Dezember, in Adlersdorf.

Raffensöffnung 6 Uhr. Ballanfang 6 1/2 Uhr.

Um rege Unterstützung bittet Das Festkomitee.

## Stadthallen-Lichtspiele.

Vom 3. bis 9. Dezember:

### Die Legende der heiligen Simplicia

mit **Eva May.**

Ein Werk von reiner deutscher Poesie,  
ganz auf den Ton tiefster Religiosität ge-  
stimmt. Die Filmlegende der berühmten  
Romanschriftstellerin Thea von Harbou,  
die jüngste Regierat Joe Mays. Der  
Film, reich an dramatischen Höhepunkten,  
hält den Zuschauer immer im Bann der  
hochgestimmten Dichtung, weil die Empfin-  
dungen, die er auslöst, so innig und die  
Gedanken, die er zum Ausdruck bringt, so  
tief sind.

### „Putschliesl“

Aufführung in 4 Akten mit Ossé Oswald.

Aufführungzeiten 4-7 Uhr und

7-10 Uhr. 10880

Vorverkauf bei Niemeyer, Breite Str. 68.

## Verlobungsringe



333, 585,  
760, 800,  
Schmuck,  
Waren aller Art,  
W. u. W. W.  
Beste als  
Bekanntes  
nicht im Vergleich  
32 Geckstraße 32  
H. u. S. W.

## Koloosseum Ball

Jeden Mittwoch  
und Sonnabend  
Anfang 6 Uhr  
Heinrich Ode.

10403